**M u s t e r r e s o l u t i o n**

**Unterstützung für den kommunalen Solidarpakt 2020**

Beschlussentwurf:

Aufgrund der Corona-Krise sinken die Gewerbesteuereinnahmen auch für [MUSTERSTADT/ GEMEINDE] dramatisch. Wir brauchen diese Einnahmen, um das öffentliche Leben in unserer Stadt/Gemeinde finanzieren zu können.[Beispiele, was finanziert wird und wichtig ist vor Ort].

Die aktuelle Steuerschätzung vom 14. Mai 2020 geht davon aus, dass in diesem Jahr allein bei der umsatzabhängigen Gewerbesteuer mit Mindereinnahmen von gut 12 Milliarden Euro für alle Kommunen zu rechnen ist. Für [MUSTERSTADT/GEMEINDE] wird mit Mindereinnahmen in Höhe von [XY] Euro gerechnet. Hinzu kommen Mehrbelastungen durch erhöhte Sozialausgaben und Mindereinahmen in anderen Bereichen. Diese erheblichen Steuermindereinnahmen setzen uns in [MUSTERSTADT/GEMEINDE] unter Druck und gefährden die Finanzierung wichtiger Aufgaben in unserer [Stadt/Gemeinde]. Ein Sparprogramm zum jetzige Zeitpunkt wäre ökonomisch unsinnig und würde eine Wiederbelebung der Wirtschaft abwürgen. Außerdem würden wichtige Investitionen in die Infrastruktur verhindert.

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass Bund und Länder uns und die anderen Kommunen unterstützen und entlasten.

Es gilt, die Handlungsfähigkeit von [Stadt/Gemeinde] in der Krise zu sichern!

Es gilt, einen sprunghaften Anstieg der kommunalen Verschuldung zu vermeiden!

Es gilt, die Investitionsfähigkeit unserer Stadt/Gemeinde und der anderen Kommunen in und nach der Krise zu sichern!

**Der Rat der Stadt [Stadt/GEMEINDE]** fordert daher [den Oberbürgermeister/CDU][die CDU/Grün-geführte Landesregierung][die Bundesregierung] auf, die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz ergriffene Initiative für einen kommunalen Solidarpakt 2020 [zu unterstützen und sich bei [der Landesregierung, der Bundesregierung und den Fraktionen im Deutschen Bundestag dafür einzusetzen, dass dieser Vorschlag jetzt zeitnah umgesetzt wird][zeitnah umzusetzen].

Der Vorschlag sieht vor, dass Bund und Länder gemeinsam den Gemeinden die Verluste bei den Gewerbesteuereinnahmen in diesem Jahr pauschaliert ausgleichen. Der Ausgleich soll zu jeweils gleichen Teilen zwischen dem Bund und dem jeweiligen Land aufgeteilt werden. Diese Hilfe muss jetzt schnell kommen. Nur so kann die Handlungsfähigkeit in [MUSTERSTADT/GEMEINDE] gestärkt werden. Der Ausgleich soll im laufenden Jahr erfolgen.